

Anzeigenpreise:
 Die abgesetzten Zeile 40
 Spalten für auswärts 50
 Anzeigenzeit und
 Mahnungszettel 20
 Die 3. Spalte Reklamenzelle 150
 Bei Wiederholungen Rabatt.
 Inserate müssen zwei Tage vor
 Erscheinen der Zeitung in unsere
 Hände sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint
 mit Anst. d. Sonn- u. Feiertagen
Bezugspreise:
 In Danzig durch unsere
 Zweigstellen monatlich 2,00
 vierteljährlich 6,00
 Durch d. Post bez. außerh.
 Zustellgebühr monatlich 30
 Einzelnummern 16
 Postfachkonto Danzig 2946

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion:
 Spandhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition:
 Spandhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Telephon 3290

Nr. 259

Donnerstag, den 6. November 1919

10. Jahrgang

Generalfstreik in Berlin.

Die kommunistische Korruption.

Am vielen Fällen läßt sich nachweisen, daß dort, wo der Kommunismus mit seinen zweifelhaften Führern, Revolutionspekulanten, Phantasten, Literaten und Projektmachern an die Regierung kommt, sofort eine schauderhafte Korruption einsetzt. Aber wohl kaum ist diese Erscheinung so drastisch geschildert worden, wie dies ein kommunistischer Führer, der von Wien her bekannte Dr. Bettelheim tut. Dr. Bettelheim war von der dritten Internationale, der russischen Bolschewizenzentrale, nach Wien geschickt worden, um die dortige kommunistische Partei zu reorganisieren. Den Zustand, den er antraf, schildert er in einem Bericht, den jetzt der „Kampf“, die Wochenschrift der österreichischen Sozialdemokratie, veröffentlicht. Für unsere österreichischen Genossen ist dieser Bericht besonders wertvoll, weil aus ihm hervorgeht, daß der Wiener Putsch vom 15. Juni von den Kommunisten planmäßig organisiert war, und daß außerdem für den 21. Juli ein weiterer Putsch geplant war. Wir wollen ihn nur so weit zitieren, als daraus ein Bild in die abgrundtiefe Korruption des Wiener Kommunismus getan werden kann. Hören wir den Kommunisten Dr. Bettelheim über die österreichischen Kommunisten. Er sagt in seinem Bericht:

Die Vertreter des revolutionären Proletariats haben sich mit Ekel von dem Geschäft in der Alsterstraße (gemeint ist die Zentrale der Wiener Kommunisten) abgewendet, welches der Unterschluß für Streber, Gauner, Verräter und Polizeispitzel geworden ist. Sie haben unter dem Namen der kommunistischen Partei die kommunistische Bewegung in den Rot gezerzt, die deutschösterreichische Proletariatsrevolution verraten und sind Mitschuldige an den Mordern der Räterepublik geworden. . . . Eisse verlogene Elemente, die blutige Worte über die Proletariatsrevolution sprechen, aber zur Zeit der Tat sich feige versteckt haben, unfähige Elemente, die lediglich in Form von gesellschaftlichen Gesprächen die revolutionäre Tat vollbringen wollten, gewissenlose, aber gewandte Elemente, die sich stets einfinden, wenn man durch Windbeutel viel Geld verdienen kann. . . Dies war die Parteileitung, die nie danach gestrebt hat, mit dem Proletariat in enge Verbindung zu kommen. . . Diese Parteileitung hat mit fräglichem Zeichensinn das Geld hinausgeworfen und hierdurch der Korruption Tür und Tor geöffnet. Während das Proletariat vereint die Revolution gemühselt hat, hat sich die Leitung bei angenehmen Automobilausflügen unterhalten. Ein großer Sumpf war diese Partei, in welcher der Wunsch der proletarischen Revolution in Fäulnis geraten ist. Die Partei war ein gutes Geschäft, bei welchem jeder reichlich verdiente, der imstande war, diese Organe bis zum Ende mitzumachen. Wie die Leitung der kommunistischen Partei, so war auch deren Zeitung. Auf der Welt erdriete jeder Proletarier, der diese Zeitung las. Die Zeitung war ein Konglomerat von in Delirien geschriebenen Artikeln.

Bettelheim schildert dann seine Mission, wie er Ende Mai nach Wien kam, um die Partei zu reorganisieren. Die Parteileitung konnte ihm nicht eine einzige nennenswerte Tat und nicht einen Erfolg namhaft machen. Es herrschten nur persönlicher Streit und Korruption“, schreibt Bettelheim. Er schildert dann den Putsch vom 15. Juni, wo die Räterepublik ausgerufen werden sollte. Am 14. Juni nachts ließen sich die kommunistischen Führer mit eigenem Einverständnis von der Polizei verhaften. Sie wollten so gleichzeitig als Märtyrer erscheinen und persönlich in Sicherheit sein. Die kommunistische Arbeitererschaft, die nicht wußte, daß sie verraten war, befreite am 15. die Führer, was 20 Tote und 100 Verwundete kostete. Über die Führer, versteckten sich von neuem und getrauten sich nicht vor der Masse zu erscheinen“. Sie übten weiter Sabotage. Sie riefen dann eine Parteiversammlung ein, von der sie hofften, daß sie gegen den ihnen unangenehmen Bettelheim Stellung nehmen würde. Diesen Parteitag schildert Bettelheim folgendermaßen:

Auf dem Parteitag sprach sich jedoch die Mehrzahl der Vertreter des revolutionären Proletariats für die rasche und energiegelaste Fortsetzung der Revolutionsbewegung aus. Die Mitglieder des Parteitages entfernten sich in dem Bewußtsein, daß am 21. Juli die Räterepublik ausgerufen würde. Auf dem Parteitag jedoch wurde das Proletariat betrogen. Es wurden neue radikale Führer gewählt, in dem Glauben, daß diese eine noch viel radikalere Arbeit leisten würden. Diese radikalen Führer schreckten jedoch am ersten Tage ihrer Wahl vor der Revolution zurück. Sie fürchteten sich vor der Arbeit und hielten nur eine einzige gründende Versammlung ab, verabschiedeten jedoch um so mehr Automobilausflüge, und die Führer verlangten nur immer wieder Geld, Geld und wieder Geld. Kannen jedoch niemals ordnungsgemäß Rechnung legen. Sie verschleuderten unglaubliche Summen, so daß sich in der Partei niemand mehr fand, der ohne Belohnung auch nur den Finger gerührt hätte. Unter dem Titel „Die Schuld“ verlangten sie immer wieder Geld von dem „de-

legierten Genossen“. (Das ist Bettelheim. Red.) Um nur einzelne Taten zu erwähnen, wurden von den für die Unterstützung der am 15. Juni verletzten Genossen und der Hinterbliebenen der Gefallenen bestimmten 20 000 Kronen diesem Zweck höchstens 5—6000 Kronen zugewendet. Bei dieser unglaublichen Korruption war ein weiteres Arbeiten unmöglich, und deshalb verweigerte der delegierte Genosse jede weitere Geldunterstützung. Von diesem Augenblick an kam aller Schmutz der Partei zutage. Fremde Gelder wurden veruntrent und ohne jede Kontrolle wurde mit dem Geide gewirtschaftet.

Das sind nur einige Stellen aus dem Bettelheim'schen Bericht, der übrige Bericht ist nicht weniger scharf gehalten, interessiert hier aber nicht so, weil er sich auf österreichische Verhältnisse bezieht. Das hier von einem Kommunisten selbstgezeichnete Bild der Korruption aber findet sich nicht nur in Oesterreich, sondern an vielen anderen Stellen, wo die kommunistische Krankheit im Proletariat grassiert.

Der neue Generalfstreik.

Wochenlang schon zieht sich der Kampf der Berliner Metallarbeiter hin. Schwere Schuß tragen die Unternehmer, die nach Annahme des Schiedspruches die alten Vertrauensleute der Arbeitererschaft nicht ohne weiteres wieder anerkennen wollten. In der Beurteilung dieses Machtkampfes war sich die gesamte Arbeitererschaft einig, die Kommunisten und die von ihnen abhängigen „Unabhängigen“ aber hielten die Gelegenheit zu einem neuen Generalfstreik jetzt für günstig. Das ganze Wirtschaftsleben Berlins soll wieder einmal lahmgelegt werden. Während die Regierung die einschneidendsten Mittel anwendet, um die Versorgung der Stadt mit Kohlen und Kartoffeln zu versorgen, will der „Rote Volkzugausschuß“ gerade durch die Unterbindung der Zufuhren neue Schwierigkeiten schaffen und hofft, daß das gelingt, was bei all den Putschchen in den Monaten vorher nicht möglich war. Daß für die kommunistischen Drahtzieher nicht das wirtschaftliche Moment des Metallarbeiterstreiks die Generalfstreiksursache bildet sehen wir ja auch daran, daß in den anderen Städten Deutschlands morgen Generalfstreike gemacht werden sollen.

Hinter der Generalfstreikparole stehen durchaus nicht die Massen der organisierten Arbeiter.

Die gestern nachmittag tagende Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission lehnte den Eintritt in den Generalfstreik mit 66 gegen 66 Stimmen ab. Dagegen gelangte ein Antrag Schmidt zur Annahme, wonach der Ausschuß der Gewerkschaftskommission beauftragt wird, mit den maßgebenden Behörden zu verhandeln, um die Maßregelungen der bisherigen Betriebsvertrauensleute rückgängig zu machen.

Auch die Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei haben sich einhellig gegen den Generalfstreikbeschuß gewandt.

Eine gestern stattgefundene Versammlung der gesamten Funktionäre der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktionen nahm zu dem in der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf zum Generalfstreik Stellung. In der Versammlung kam einhellig zum Ausdruck, daß man den Unterzeichnern dieses Aufrufs das Recht abspricht, im Namen der Berliner Arbeiter zu sprechen und zu handeln. Zum Metallarbeiterstreik erklärte die Versammlung, daß sich die vorliegenden Streitpunkte bei geeignetem und klugem Vorgehen der Streikleitung leicht in einer für die Arbeitererschaft befriedigenden Weise erledigen ließen.

Ein Aufruf der Regierung.

Berlin, 5. Nov. Die Reichsregierung und die preussische Regierung erlassen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Volksgenossen! Ein vernichtender Streich soll gegen Euch geführt werden. Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. — Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotzdem soll weitergekämpft werden. So diktiert es eine zum äußersten bereitete Minderheit, an ihrer Spitze die von den Radikalen beherrschte 15er-Kommission und der unabhängige-kommunistische Kampfausschuß. Sie sprechen offen für den politisch gewordenen Kampf. — Wir sind verantwortlich für Leben und Gesund-

heit von 60 Millionen Deutschen. Wir werden sie mit aller Kraft schützen.

Bisher hat die Generalfstreikparole noch keinen großen Erfolg gehabt. In den Siemenswerken arbeiteten gestern 6700 Mann. Angestellte der Hoch- und Untergrundbahn haben sich bisher an dem Streik nicht beteiligt. Dagegen beschlossen die Straßenbahner die Arbeit niederzulegen.

Die Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, um jeden Versuch eines politischen Generalfstreiks im Keime zu ersticken. Berlin, 5. Nov. Auf Befehl des Oberbefehlshabers Roste ist der Erlaß zum Schutze lebenswichtiger Betriebe vom 17. Oktober für Groß-Berlin wieder in Kraft gesetzt. Damit werden alle Maßnahmen, die bezwecken, lebenswichtige Betriebe still zu legen, mit Gefängnisstrafen oder sofortiger Verhaftung bedroht.

Die Arbeiterkühkonferenz in Washington.

Ein Juntspruch der deutschen Gewerkschaften an die Konferenz.

Berlin, 5. Nov. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) haben auf die Nachricht von der Zulassung deutscher Vertreter zur internationalen Arbeiterkühkonferenz in Washington nachstehenden Juntspruch an die Konferenz gerichtet: Die deutsche Arbeitererschaft, vertreten durch ihre Berufsorganisationen, begrüßt den Beschluß der Washingtoner Arbeiterkonferenz, monach Vertreter Deutschlands mit gleichen Rechten und Pflichten zu den Verhandlungen zugelassen worden sind. Unabdingbare Ueberfahrt unserer Vertreter wird leider noch durch Passagierschwierigkeiten behindert. Falls sich diese beheben lassen, werden die deutschen Vertreter an den hohen Aufgaben der Konferenz im Interesse der gesamten Arbeitererschaft der Welt gern mitwirken.

Clemenceau's Stimmenfang im Elsaß.

Straßburg (Elsaß), 5. Nov. (W. B.) In seiner Straßburger Programmrede pries Clemenceau noch die Niederlage des preussischen Militarismus und den Wiederbeginn der wirtschaftlichen Mitarbeit des Elsaß mit Frankreich. Die Wiedergutmachung für Frankreich fand Clemenceau knauserig; doch am Ende folgte der Versprechungen zweifeln, hieß Frankreich Unrecht tun. Dieses müsse gegenüber Deutschland auf seine Sicherheit bestehen, bis Deutschland sich zur Zwillfattoh beehrte. Ueber die W a h l r e f o r m in Frankreich sagte der Ministerpräsident: Ist denn jetzt der Augenblick gekommen, aus einer Zusammenhanaligkeit der Stimmen, die man noch nicht gesehen hat, ein Wahlsystem schaffen, was eingetandene machen dahin geht, die Mehrheit zugunsten von Minderheiten zu schwächen, von denen einige eine vollständige Umwälzung erstreben? Weiterhin sagte er: Keine gesetzlich erfolgte Reform könnte die Regierung erschrecken. Der Landarbeiter, der keine Stunde zögerte, möchte nicht zum Paria der Industriewelt werden, an deren Vorzüge er nicht teilnahme. Die Bolschewisten stellen der Republik die Machtfrage, denn sie verlangten, die Freiheit für sich und wollten aber andern die Diktatur auferlegen. Der Redner schloß, das Elsaß bringt Frankreich guten Willen entgegen, den müsse man steigern.

Deutsch-polnische Grenzberichtigungen.

Berlin, 5. Nov. Nach einer Meldung des „Dienstag Obdank“ Nr. 51 vom 1. November empfing das Staatsoberhaupt Pilsudski eine Deputation von Bayern und Gutsbesitzern aus den Kreisen Flatau, Boms, Simbaum und Fraustadt, die ihn darum bat, sich des Schicksals der von Polen losgetrennten 80 rein polnischen Dörfer in den Grenzfreien annehmen zu wollen. Das Staatsoberhaupt versuchte die Abordnung zu trösten und erklärte, daß die Grenzkommission sicherlich alles mögliche tun werde, um die Wünsche der Bevölkerung zu befriedigen.

Es ist in dieser Notiz interessant, daß die polnischen Kreise damit rechnen, daß die Grenzkommission Grenzberichtigungen nach ethnographischen Gesichtspunkten wird vornehmen können.

„Immer feste druff!“

Der älteste Sohn des früheren deutschen Kaisers hatte in letzter Zeit versucht, in der Dessenlichkeit den Friedensfreund zu spielen. Er war gegen manche grausame Kriegsmethode Deutschlands, und er war insbesondere sehr für einen Verständigungsfrieden eingetreten. Nun veröffentlicht die „Vorwärts“ einige Telegramme des Kaiserlichen Kronprinzen, die beweisen, daß dieser auch während des Krieges der „Immer feste druff!“-Politik geblieben ist, als der er vor dem Kriege bekannt war. In diesen Telegrammen wendet er sich gegen die Schreiberloachunterstaumacherartikel, u. a. gegen die Professoren Bispi und Delbrück und verlangt von seinem Vater aus diesem Grunde die Entfernung Delbrücks von seinem Professorposten.

Die Besserung der Wirtschaftslage.

Die leichte Besserung unserer Wirtschaftslage, die der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt in seiner Rede in der Nationalversammlung am letzten Montag konstatieren konnte, wird gewiß keinen, der im praktischen Leben steht, zu überschwenglichen Erwartungen verleiten. Der Sinn der Rede ist, richtig verstanden, doch nur der: es geht uns nicht ganz so schlecht, wie es uns gehen könnte, und es geht uns nicht ganz so schlecht, wie man denken könnte, daß es gehen müßte.

Nach unserer Niederlage gab es Wirtschaftspolitiker, die unseren vollständigen wirtschaftlichen Niedergang voraussagten. Sie prophezeiten uns, daß unsere Industrie durch den Mangel an wichtigen Rohstoffen, die infolge der Gebietsabtretungen im eigenen Lande nicht mehr zu finden sein würden, einer fast vollständigen Lähmung verfallen müßte. Deutschland werde viele Millionen seiner Bevölkerung teils durch Auswanderung, teils durch erhöhte Sterblichkeit infolge ungenügender Ernährung verlieren und wieder ein vorwiegend ackerbautreibendes Land werden. Der Handel werde still liegen, die Städte würden veröden, ganze Straßenzüge und Stadtteile würden sich entvölkern und unbewohnt dem Verfall entgegengehen. Gegenüber diesen Pessimisten gab es aber auch manche unentwegte Optimisten, die sich — wenigstens noch vor Abschluß des Friedens — zu der Prophezeiung verstiegen: Deutschland werde trotz militärischem Verlust des Krieges sich nach einiger Zeit als dasjenige Land erweisen, das den Krieg wirklich, nämlich wirtschaftlich gewonnen haben würde. Deutschlands großartige industrielle Organisation sei unberührt, die Erfindungskraft und technische Entwicklungsfähigkeit durch den Krieg gesteigert, Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit würden sich nach einigen Krisen wieder einstellen. Da nun der Krieg in der ganzen Welt einen ungeheuren Warenmangel erzeugt habe, müßte der deutschen Industrie und dem deutschen Handel seiner Befriedigung ein ihrer gewaltigen Leistungsfähigkeit entsprechender Anteil zufließen und der so entstandene wirtschaftliche Aufschwung werde uns dann leicht die Wunden der Niederlage überwinden lassen.

Solche optimistische Stimmen, die sich in der Öffentlichkeit kaum hervormagten, in vertrauten Gesprächen aber desto öfter gehört wurden, sind seit dem Abschluß des Friedensvertrages von Verfallenes verstummt. Seine geradezu phantastischen wirtschaftlichen Forderungen haben selbst in die Reihen der Optimisten Bestürzung getragen. Erst nach einigen Monaten der Ueberlegung und der ruhigen Beobachtung beginnt sich wieder leise die Hoffnung zu regen, daß Deutschland selbst unter diesem Frieden leben können, vorausgesetzt, daß die Vertragsgegner ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen bei der Ausführung des Vertrages richtig zu wahren verstehen werden, und daß sie nicht durch den absichtlich herbeigeführten Ruin ihres Schuldners ihren eigenen Ruin heraufbeschwören werden.

Die kaum vorstellbaren Erschwerungen, die der Frieden von Versailles der deutschen Wirtschaft gebracht hat, sind schon oft genug ausführlich gemüßigt worden. Der Verlust an Bevölkerung und Rohstoffgebieten, die Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit im Ausland, die Verpflichtung, ungeheure Mengen an Arbeitsprodukten und Schuldverschreibungen, die wiederum durch Arbeitsprodukte eingelöst werden müssen, an das Ausland abzuführen. Auf der anderen Seite bedeutet der Zwang, am Wiederkauf der zerstörten Gebiete und der zerstörten Welthandelsflotte mitzuwirken. Aufträge für die Industrie und Befehle des Arbeitsmarktes. Arbeiter aber, die man beschäftigt, muß man so bezahlen, daß sie auch leben können. Die Lohnhöhe hat in ganz Europa außerhalb Deutschlands eine schwindelnde Höhe erreicht, wenn auch natürlich die Steigerung des Nominal- noch keine entsprechende Vermehrung des Reallohnes bedeutet. In Deutschland sind infolge der Aufrechterhaltung

der Zwangswirtschaft bei verhältnismäßig niedrigeren Lebensmittelpreisen auch die Löhne verhältnismäßig niedriger. Alles hängt davon ab, wie sich der später notwendige Ausgleich gestalten wird. Man braucht die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die deutsche Industrie instande sein wird, ihren Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren und zugleich doch den Mehrwert an das Ausland abzuliefern, mit dem unsere Kriegsschuld bezahlt werden muß.

Hat sich doch sogar gezeigt, daß selbst die Entwertung unserer Währung eine gute Seite hat, indem sie durch verhältnismäßig billige Preise das Ausland zum Kauf unserer Produkte mächtig anreizt.

Zu wissen, daß wir nichts wissen, schien seit ältester Zeit den Philosophen die erste Weisheit. Die Wirtschaftswissenschaft hat keinen Grund, weniger bescheiden zu sein, denn immer wieder muß sie die Erfahrung machen, daß ihre sichersten Prophezeiungen von der wirklichen Entwicklung widerlegt werden. Ein klares Bild der wirtschaftlichen Zustände, wie sie sich in den ersten Jahren und Jahrzehnten nach dem Weltkrieg entwickeln werden, vermag niemand zu liefern. Nur so viel glauben wir bestimmt zu wissen, daß wir trotz alledem den Mut nicht aufzugeben brauchen. Eine richtige Wirtschaftspolitik werden wir nur dann treiben können, wenn wir die weitere Entwicklung der Dinge nüchtern beobachten und auf den so gewonnenen Erfahrungen unsere Praxis vorsichtig aufbauen. Nur zweierlei braucht nicht erst durch Erfahrung bewiesen zu werden, nämlich erstens, daß nur gesteigerte Arbeitsleistung uns retten kann und daß wir zweitens uns ein dilettantisches Experimentieren ins Ungeheure nicht gestatten dürfen. Die Wirtschaft kann keinen anderen Sozialismus brauchen als praktischen, d. h. solchen, der in seinen unmittelbaren Wirkungen Wohlstand und Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung hebt. Solcher praktischer Sozialismus ist der gerade Gegensatz eines utopischen, der im luftleeren Raum konstruiert und dessen Konstruktionen sich in der Wirklichkeit als unausführbar oder schädlich erweisen. Die Not der Zeit gestattet uns keinen Luxus; der größte Luxus ist aber unvorsichtiges Experimentieren mit der Volkswirtschaft. Das Leben von Millionen hängt daran.

Die neue Landgemeinde-Ordnung.

Nach Pressemeldungen beabsichtigt die preussische Regierung bei der Reform der inneren Verwaltung die bisherige Trennung zwischen Stadt und Land auch zukünftig aufrecht zu erhalten. Es wird daher voraussichtlich der preussischen Nationalversammlung neben dem Entwurf einer neuen Städteordnung auch ein Entwurf zu einer neuen Landgemeindeordnung vorgelegt werden.

Die Revolution wird nun auch eine völlige Umgestaltung der kommunalen Verhältnisse auf dem Lande notwendig machen. Infolge des Fehlens der materiellen und intellektuellen Voraussetzungen wird die Durchführung einer wahren gemeindlichen Selbstverwaltung sehr viel Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Fehler des alten Regimes, die obrigkeitliche Bevormundung der ländlichen Bevölkerung und das völlige Ausschließen der Arbeiterschaft von der Mitwirkung an der kommunalen Selbstverwaltung werden nach lange auf die Schaffung der Grundlagen einer Selbstverwaltung auf dem Lande ungünstig einwirken. In den sieben östlichen Provinzen hatten von den 25 000 Landgemeinden kaum 10 Proz. mehr als 500 Einwohner. Daneben bestanden noch 16 000 selbständige Gutsbezirke mit mehr als 2 000 000 Einwohnern. Infolge der geringen Größe konnte in 90 Proz. der Landgemeinden ein eigenes Gemeindefehlen fast gar nicht zur Entfaltung kommen. Die kommunalpolitischen Aufgaben wurden meist von Personen, die mit eigener Berufsarbeit sehr überlastet und häufig mit den auch für das Gemeindefehlen sehr umfangreichen gesellschaftlichen Verwaltungs-

arbeiten wenig vertraut waren, ehrenamtlich ausgeübt. Dieser Zustand war die Hauptquelle der berüchtigten preussischen Landratswirtschaft. Der reaktionäre Landrat mußte den Gemeinde- oder Amtsvorstehern seines Kreises den gewünschten oder auch ungewünschten Rat in allen öffentlichen Angelegenheiten in einem solchen Umfange zu erteilen oder erteilen zu lassen, daß an Stelle der selbstbewußten Mitwirkung an den staatlichen und kommunalen Verwaltungsaufgaben völlige Abhängigkeit der unteren Selbstverwaltungsorgane von dem Landrat eintrat. Die Verantwortlichkeit der in der Selbstverwaltung tätigen Personen wurde vielfach ersetzt durch völlige Anpassung an die vom Landrat und seinen Freunden geäußerte Willensmeinung. Die Einwohner der Gutsbezirke sind kommunalpolitisch ja vollständig rechtlos.

Die Neuordnung des kommunalen Verwaltungslebens in den Landgemeinden wird nun von der Schaffung solcher Verbände abhängen, die den Voraussetzungen zur Erfüllung der Anforderungen einer neuzeitlichen Selbstverwaltung in materieller und intellektueller Hinsicht genügen können. Im Gebiet und Einwohnerzahl sind diese Verbände also so abzugrenzen, daß neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auch die Auswahl geeigneter Personen zur Mitarbeit sichergestellt ist. In den östlichen Provinzen wird dieses Ziel nur nach Aufhebung der selbständigen Gutsbezirke erreicht werden können. Bei der Durchführung dieser Aufgabe dürfen nicht geschichtliche Ueberlieferungen, sondern nur wirtschafts- und verwaltungstechnische Gründe Berücksichtigung finden. Es erscheint auch eine einheitliche Regelung des Gemeindeverfassungsrechts und der Verwaltungsaufsicht für Stadt- und Landgemeinden eine unabwendbare Notwendigkeit zu sein. Die scharfe Trennung zwischen Stadt- und Landgemeinden hat durch die starke Verschiebung der Bevölkerung die innere Berechtigung verloren. Neben Städten von 500 bis 600 Einwohnern findet man heute in Industriegegenden und in der Nachbarschaft von Großstädten Landgemeinden von 50 000 bis 60 000 Einwohnern. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 hatten von den 1276 preussischen Städten 416 noch nicht 2500 Einwohner. Es dürfte nun der Ausgleich zwischen Stadt und Land am besten dadurch erreicht werden können, wenn für Stadt und Land einheitliche Regelbestimmungen für die Einrichtung der Verfassung gegeben werden, und daß dann dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Gemeinden es überlassen bleibt, den Anforderungen der örtlichen Verhältnisse ihre Verwaltungsformen am zweckmäßigsten anzupassen. Bedingung muß aber hierbei sein, daß alle Forderungen einer wahren gemeindlichen Selbstverwaltung Berücksichtigung finden.

Auch für die Landgemeindevverwaltung scheint das Ein-Stimmensystem (nur die Gemeindevertreterversammlung hat Beschlußrechte) die geeignetste Organisationsform zu bilden. Je nach Umfang des Gebiets und Zahl der Einwohner wird ehrenamtliche oder hauptamtliche Tätigkeit in der Ausführung aller Verwaltungsmaßnahmen eingerichtet werden können. Zur zeitgerechten Wahrnehmung besonderer Aufgaben wird es sich vielleicht besonders empfehlen, hierfür Verwaltungsausschüsse mit Beschlußrechten einzusetzen. Die bis jetzt auf dem Lande vornehmlich nur ehrenamtlich ausgeübte Verwaltungstätigkeit wird zukünftig wohl hauptsächlich wahrzunehmen werden können. Hierfür wird ferner ausschlaggebend sein, in welchem Umfange im Kommunalleben Sozialisierungsmaßnahmen zur Anwendung kommen. Ferner wird hier zu berücksichtigen sein müssen, daß die verschiedenen Gebiete des öffentlichen Lebens (Steuerwesen, Erziehungs-, Wohlfahrts-, Wirtschaftspflege usw.) in der Wahrnehmung so umfangreiche Befähigungsmittel und Erfahrung erfordern, daß eine erfolgreiche Tätigkeit nur im Hauptberuf erwartet werden kann. Höchste Steigerung des Ausgleichs zwischen Stadt und Land wird eine Hauptforderung der Reform der Landgemeindevverwaltungen bilden müssen.

Die Marzipan-Lise.

Erzählung von Friedrich Sal m.

(Fortsetzung.)

11) Nur mit Mühe gelang es ihr, die wenigen Habseligkeiten, die sie auf ihrer Flucht mitzunehmen gedachte, in ein Bündel zusammenzuraffen; denn der Rückschlag der übermäßigen Aufregung, der beruhigenden Unruhe, in der sie die letzten Tage zugebracht hatte, machte allmählich in dumpfer Abspannung des Geistes, in ganzlicher Erschöpfung ihrer Kräfte immer süßlicher seine Rechte geltend. Kleine Schwere lagerte sich auf ihre Glieder; bald von Frost geschüttelt, bald in Fieberhitze glühend, vermochte sie nicht mehr die Wucht des heißen, von dumpfem Schmerz wie mit einem Eisenringe umfangenen Kopfes aufrecht zu halten, und erschöpft und leidend wie sie war, streckte sie sich auf ihr Lager, um in erquickender Ruhe neue Kräfte zu sammeln. Dort lag sie dumpf und still, die zuckenden Hände über die Brust gefaltet, und vor ihren halbgeschlossenen Augen spiegelte in langer, buntverwirrter Reihe die Bilder ihres Lebens schattenhaft vorüber. Hier schielten die Spiegel der Kindheit sie an, dort sah sie, eine emsige Schülerin, an Herenz's Seite; auch Antals Rüge sah sie lauernd durchs Fenster hereinströmen, wie damals, als Herenz zum erstenmal die Liebesglühende umschlang; dann vernahm sie Herrn Steiders Stimme, die von der Marzipan-Lise erzählt, das Aufföhlen Herenz' und das Drohen und Schelten des Vaters, und dann — dann ward es trüb und dunkel vor ihren Augen, schwarz wie die Nacht, in der sie dem Vaterhause den Rücken kehren sollte, und hinter wie die Zukunft, der sie entgegenging.

Viele Stunden machte sie in fieberhaftem Halbschlummer dazugelegen haben, als von der Stadt her der Glockenschlag Mitternacht verkündete und sie gebieterisch ins Leben in die Wirklichkeit zurückrief. Sie raffte sich mit der Entschlossenheit, die alle Erschöpfung überwindet, von ihrem Lager auf, langte nach ihrem Bündel, und mit der Blendlaterne versehen, die sie schon vorher auf ihren nächtlichen Wanderungen begleitet hatte, verließ sie ihr Stübchen. Auf der Schwelle stand sie still und blickte zurück in den friedlichen, vertrauten Raum des Gemachs, in dem sie heiter und sorglos unterwühlt von allen Stürmen des Lebens, vom Kinde zur Jungfrau aufgewacht war, als ob sie jetzt erst, da sie es verlassen sollte, empfände, was sie verließ! Aber Herenz wartete nicht, sie durfte nicht säumen! Sie schritt leise über den Gang hin, der sie zum

blasse Schimmer des dichten Wollens halbbedekten Mondes erhob. An die Tür gekommen, die in das Gemach des Vaters führte, hochten ihre Schritte. Es war ihr, als öffnete sie sich, als treibe seine hohe mannhafte Gestalt daraus hervor, sie zu fragen, was sie suchte, wohin sie gehe? Aber es war nur der Wisfel des Lindenbaums draußen im Garten, der seinen ätzernden Schatten auf die Tür hinwarf, und sie mußte fort, denn Herenz wartete. Sie war die Treppe hinabgeklommen, und nun im Hofe angelangt, wehte ihr die frische Herbstluft erquickend und kräftig entgegen. Sorglos ging der Schimmer der Laterne verbergend, schloß sie an den Wänden sich hindurch, dem jernen Gelbste zu; endlich war der Keller erreicht, und pochenden Herzens öffnete sie mit den mitgeführten Schlüssel die Tür. Im Begriffe, die ersten Stufen hinabzuweichen, war es ihr, als ob ihr von unten, wo die Treppe zum unteren Geschosse sich hinabdrückte, ein Lichtschimmer entgegenstrahlte. Was war das? Von Herenz, der im Kellerstübchen eingeschlossen war, konnte das nicht kommen. Sollte ein Fremder in den Keller sich eingeschlichen haben? Hier war Verbot! — Ihre Ängste zitterten, aber Mut und Entschlossenheit verließen sie keiner Sekunde. Sie verließ das Licht der Laterne, damit kein Schimmer sie nicht verrate, und drückte sich hinter einen Pfeiler zu ermannen, was da kommen würde. Aber es kam nichts, alles blieb still und kumm wie zuvor. Nach einer Weile streckte sie langsam den Kopf hinter dem Pfeiler hervor, der Lichtschimmer war verschwunden, und nur schwarze Finsternis gliebt ihr entgegen. Sollte jene Lichterscheinung nur Selbsttäuschung gewesen sein oder war die veranlassende Ursache derselben im unteren Geschosse zu suchen? — Mit einem Male erfaßte sie eine unerwartete Bekümmernis: ihre Füsse hämmerten, ihre Hände berührten einander, aber Herenz harrete ihrer, und wenn er etwa in Gefahr wäre — diese Rücksicht überzog alle Bedenken, und hastig stieg sie hellblau die Stiege hinunter, als plötzlich dort, wo die Treppe zum unteren Geschosse hinabzog, sich wieder ein dämmender Lichtschimmer zeigte, der eine weibliche Gestalt in dunklen Gewändern zu umfassen schien, die mitten auf der Treppe mit weit ausgestreckten Armen ihr drohend und abwehrnd entgegenstand. Rasch schritt sie bei diesem Anblick die erste Wendung des stierenden, halb schmächtigen Mädchens, und schneller als sie hinabdrückten, war sie die Stufen der Treppe wieder hinaufgeklommen. In der halb offenen Kellerstiege stand sie still, sie schaute sich über die Schulter, und zweifelte, ob sie nicht wieder umkehren sollte,

wendete sie sich atemlos, die Hand auf das krampfhaft zuckende Herz drückend, nach rückwärts und sah kaum, betreten und erschauert, jenen Lichtschimmer abermals verschwinden, als er jetzt auch schon dicht vor ihren Füßen wieder aus dem Boden aufdämmerte und in seinem grauen Schimmer ein Weib vor ihr emporstreckte, das, die weißen, runzligen Rüge grinsend verzerrt, mit stehenden, jernglühenden Augen sie anstarrte und, während Herenz's Blick wie magisch angezogen an der feuerfarbenen Schleife ihrer Hüftschleife und ihrem gelblichen Gesichtsflecke haften, aus dem schwarzen Halbmantel ihre bürre Hände mit gekrümmten, klauenähnlichen Fingern nach ihrem Hals streckte. — Da suchte es wie ein Blitz durch Herenz's Seele! „Die Marzipan-Lise!“ schrie sie gellend auf, sprang zum Keller hinaus, warf die Tür hinter sich zu, warnte taumelnd noch einige Schritte in den Hofraum hinein und brach dann dumpfächtig bewusstlos zusammen.

Drei Anoch des Hauses, die sich in der Stube verhielten hatten und lange nach Mitternacht auf Schlafzweigen ihr Lager suchten, fanden die erstarrte und wie leblos hingestreckte, erkannten sie mit namenlosem Entsetzen und trauen sie nach dem Hause zurück, wo alsbald von dem Vatern und Mattern der Rade der Marzipan herbeieilte und der ganzen Schaf ihre Besinnung durch Bewusstlosigkeiten versuchte ohne sie jedoch aus ihrer lebensähnlichen Betäubung erwecken zu können. Selbst die Kunst des mittlerweile herbeigeholten Arztes zeigte sich lange erfolglos, und erst gegen Morgen gelang es der sorgfältigen Bemühung, in der Ohnmächtigen ein halbes Bewußtsein zurückzuführen, aber nur, um es sofort wieder in den wilden Thantassen eines müden Nickerfalls untergehen zu sehen. Dem Irrereden und dem ersten entsetzlichen Ausbrüche unheimlicher Zornsucht folgte dann bald ganzliche Erschöpfung und dumpfes gedankenloses Hinbrüten, aus dem die Kranke nur, wenn das Gemäch und Gemache der Küfer vom Keller her ihr Ohr erreichte, in grenzenlosen Aufzucken und krampfhaft ängstlichem Stöhnen emporsprang, so daß Frau Marzipan alsbald den Küfern ihre Arbeit gänglich einzustellen und den Keller zu schließen befahl. Als nun aber der Arzt gegen Abend achselzuckend erklärte, es unterliege keinem Zweifel mehr, daß Herenz von einem in der Umgegend herrschenden, höchst bedenklichen und mörderischen Nervenfieber ergriffen sei, wurde untertäglich Herrn Herenz ein reitender Boten nachgeliefert, um ihn in einem Krankenlager seines einzigen Kindes zurückzuführen. (Schluß folgt.)

Lokales.

Die Generallstreiksbege in Danzig.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die kommunistische Partei ruft auch bei uns in Danzig die Arbeiter zum Generallstreik auf. Morgen soll auf dem Hauptmarkt eine große kommunistische Demonstration stattfinden. Ohne die Arbeiter in den Betrieben selbst zu fragen, soll wieder gestreikt werden.

Arbeiter und Genossen! Ihr wißt, was für traurige Folgen solche Generallstreikspitze haben können. Ihr wißt, wie unsinnig es ist, hier in Danzig Propaganda für die sogenannte „Diktatur des Proletariats“ zu machen. In Danzig, das in wenigen Wochen von der deutschen Republik losgelöst wird und unter dem Schutz des Völkerbundes steht. Der Völkerbund aber ist zurzeit die Entente und es ist sinnlos, hier bei uns gegen die gewaltige Macht mit Gewalt anzukämpfen. „Helft den russischen Brüdern“ heißt es in dem kommunistischen Generallstreiks-Flugblatt. Wir deutschen Sozialdemokraten haben den Kampf gegen Sowjetrußland, den die Entente durch ihre zaristischen Goldtrichte führt, stets verurteilt. Deutschlands Regierung hat es auch abgelehnt sich an der Blockade gegen Rußland zu beteiligen. Wollten wir aber auf die Seite Sowjetrußlands treten, so bedeutete das neuen Krieg mit der Entente, neues Elend für unser schwer heimgeglichtes deutsches Volk.

Ein kommunistisches Regiment bei uns würde gerade für die Arbeiterschaft von den traurigsten Folgen sein. Die zusammengebrochenen Räteherrschaften in München und Budapest sind ein warnendes Beispiel. Welche Korruption in den Kreisen der Kommunisten herrscht, davon gibt uns der Bericht eines Kommunisten in unserem heutigen Leitartikel Zeugnis.

Arbeiter und Parteigenossen!

Wir alle wissen, daß die wertvolle Bevölkerung unter den schwierigen Verhältnissen leidet. Durch die aber würden unsere traurige Lage nur noch verschlimmern. Weist deshalb alle Generallstreikspitze zurück. Die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie haben sich gestern einmütig gegen einen Streik am Freitag ausgesprochen. Arbeiter! Wahrt Euer ureigenstes Recht der Selbstbestimmung. Fordert in allen Betrieben, in denen für den Generallstreik Propaganda gemacht wird, die

Abstimmung.

Dara wird sich erweisen, auf wie thönerne Füßen die Macht der „revolutionären“ Schreier ruht. Zeigt, daß Danzigs Arbeiterschaft sich nicht von den hochschwimmigen Drahtziehern ins Schlepptau nehmen läßt. Kämpft in den Reihen der Sozialdemokratie den Befreiungskampf mit den Waffen, die allein zum Siege führen auf dem Boden der Demokratie.

Genossen!

Genie vor einem Jahr hat das nördliche Deutschland seinen Freiheitskampf gekämpft. Sehen wir immer auf die Heldenmänner hin, die den Stolz der Freiheit bildete, die mit jeder Faust den morschen Bau des alten Deutschlands niederriß. Sie waren Männer. Können wir die Erinnerung an die große Zeit nie sterben. Sie soll uns wie ein gewaltiges Feuer vorantreiben. Unter ihr wollen wir uns zum erblickten Siege hindurchschlagen. Unsere Heimatstadt wurde erst später von der roten Woge erfaßt. Der 8. November ist der Tag, den wir zu feiern haben. Genossen, vergeßt nicht, was ihr diesem Tag schuldig seid! Zeigt, daß der Geist der ersten Revolutionstage noch in alter Frische in euch lebt! Seid am Sonnabend alle zu unserer Jubelfeier in der Sporthalle zur Stelle!

Die Feier wird der heiligen Stunde angemessene reine Kunst bringen. Die Leitung des musikalischen Teils liegt in den Händen des Kapellmeisters Viktor Wolfgang Schwarz.

Die Kartoffelverförgung Danzigs.

In einer Sitzung des Ausschusses für Gemüse, Obst und Kartoffeln im Ernährungsausschuß wurde die Kartoffelverförgung der Stadt besprochen. Mit der Winterbedeckung hat die Stadt noch gar nicht beginnen können. Die Stadt hat Bemühungen und besondere Kosten gehabt, um Kartoffeln zu beziehen. Eine kleine Besserung ist eingetreten, nachdem bekannt geworden ist, daß die Erzeuger unter polnischer Verwaltung höheren Preis erhalten werden, wie unter deutscher Verwaltung. Diese Spekulation ist also hinfällig geworden. Ein weiteres Bedenken mancher Landwirte wegen der Lieferung kann vielleicht jetzt zerstreut werden. Manche deutschen Erzeuger sagen, die spätere polnische Regierung werde es ihnen überlassen, wenn sie jetzt ihrer Lieferpflicht nachkommen. Diese Befürchtung ist aber völlig unbegründet. Das polnische Unterdominariat steht auf dem Standpunkt, daß Westpreußen und Danzig durch eine ordnungsmäßig beliefert werden sollen. Ist diese Lieferpflicht erfüllt, dann werden auch gegen eine weitergehende Lieferung keine Bedenken erhoben. — Für Eisenbahnwagen wird jetzt in erhöhtem Maße gesorgt werden. Sollte es fallenweise an Arbeitskräften zur Kartoffelernte fehlen, so solle man sich an die Bedarfsteile wenden. Von Verbraucherseite wurde empfohlen, in geeigneten Fällen den Weg einzuschlagen, den Landwirten die Kartoffelsäcke zu einem bestimmten Zentnerpreise abzulassen und von Seiten der Stadt dann das Ausnehmen der Kartoffeln selbst in die Hand zu nehmen. Landwirte sollen sich bereit erklären haben, unter dieser Bedingung den Zentner Kartoffeln für etwas über 6 Mark abzugeben. Die Stadt müßte dann ihre Arbeitskräften und sonstige Kräfte, wie auch die Selbstbedeckung, in Anspruch nehmen und sie sie die Arbeit organisieren. Mancher Verbraucher aus Danzig würde gern bereit sein, einige Tage auf das Land zu gehen und dort Kartoffeln auszunehmen, wenn er auf diese Weise seinen Jahresbedarf decken und vielleicht noch einen Zuschuß an Kartoffeln erhalten kann. Und diese Möglichkeit eines Kartoffelzuschusses ist geleglich vorhanden. Wenn man durch eigene körperliche Arbeit aus dem Kartoffelfeld Lohn verdienen kann, dann werden viele zu solcher Arbeit bereit sein. Wenn die Kartoffeln dabei auch wirklich noch etwas teurer werden sollten, so geschähe dies auf einem geraden und ordnungsmäßigen Wege und würde eher ertragen werden, als der verächtliche Schleichhandel. Es könnte weiter mitgeteilt werden, daß es doch noch eine ganze Reihe einschichtig und anständiger Erzeuger gibt, die ihre Kartoffeln zur vorgezeichneten Höchstpreis liefern. Daß die Kartoffeln frei Keller Danzig für 11,50 Mark geliefert werden können, wurde aus praktischen Großlieferungen für Betriebe nachgewiesen. Die Selbstbeschaffung von Kartoffeln auf ordnungsmäßigem Wege wird von der Stadt in jeder Weise unterstützt. Wer irgendwelche Beziehungen zu Erzeugern hat oder herbeiführen kann, der möge sie für den Zweck der Kartoffellieferung ausnützen.

Arbeitskreis beim Gewerkschaft. Der Gewerkschaft hat auch den Kartoffelhandel übernommen und bereits einige Aufschüsse gemacht.

Er bezieht die Kartoffeln zum Teil auf Weichfleisch. Eine Sendung ist bereits eingetroffen. Wegen der augenblicklichen großen Knappheit an Kartoffeln ist sie an Kleinhandler zum Kleinverkauf abgegeben worden. Der Hauptzweck des Kartoffelhandels des Großmarkts bleibt jedoch die Winterbedeckung der Verbraucher.

Seine landesweiten Truungen? Ein geächteter Gericht wird in Danzig hartnäckig verbreitet. Die Standesämter sollen für Eheschließungen auf längere Zeit geschlossen sein. Dem Gerücht ist so kräftig, als daß es nicht doch gläubige Kunde. Das Gerücht wurde so bestimmt ausgesprochen, daß man ihm wirklich die unverdiente Ehre antun mußte, kein Standesamt selbst Nachfrage zu halten. Natürlich ist daran auch nicht ein wahrer Wort. Aufgebote und Eheschließungen werden nach wie vor täglich vorgenommen, und niemand denkt daran, das Gerücht willkürlich anzuhängen. Die Eheschließungen erfolgen sogar in außerordentlich hoher Anzahl. Da die Aufgebote nicht vorher angemeldet werden müssen, die Betroffenen sich oft anreisen und längere Zeit warten, bis sie abgefertigt werden. Die Eheschließungen hingegen, die vorher angemeldet werden, kommen sofort zur Geltung und sind in kurzer Zeit vollzogen. Nebenbei hat auch die Zahl der Geburten erheblich zugenommen. Beides ist während der Kriegsjahre gekehrt gewesen.

Die auf Donnerstag, den 6. November, anberaumte Vollziehung des Verfassungsausschusses fällt aus. Sie findet weder am Donnerstag, noch am Freitag, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, statt.

Ausstellung eines Kartoffelhändlers. Der Magistrat gibt im heutigen Anzeigenteil bekannt, daß wegen Unzuverlässigkeit des Kartoffelhändlers Gustav Fröhlich dessen Verkaufsstellen Höhe Seigen Nr. 8 und Breitgasse Nr. 76 für die Zeit vom 7. November bis 4. Dezember d. J. geschlossen werden. Dieser Vorfall möge den anderen Kartoffelhändlern zur Warnung dienen.

Wer sind die Spitzbuben? In das Bureau des Metallarbeiterverbandes ist in der vergangener Nacht eingebrochen worden. Gestohlen wurden außer Kleinigkeiten zwei Schreibmaschinen, ein Mäster und ein Damenpelzragen. Die Diebe versuchten auch, den Geldschrank zu erbrechen, jedoch ist ihnen das nicht gelungen.

Wuchermarkt.

Nur eine kleine Kostprobe. In der Zeit vom 26. Oktober bis 1. November sind von der Bürgerwehr an den Bahnhöfen und bei Hausdurchsuchungen folgende Beschlagnahmen vorgenommen worden: 40 Pfund Rindfleisch, 8 Pfund Butter, 64 Pfund Schweinefleisch, 8 Pfund Hammelfleisch, 172 Pfund Schweinefleisch, 32 Pfund Kalbfleisch, 44 Pfund Rindfleisch, 30 Pfund Wurst, 20 Pfund Butter. In einem Falle wurden bei der Hausdurchsuchung Sachen vorgefunden, die darauf schließen lassen, daß es sich um eine gewerbmäßige Schleichhändlerin handelte. In einem anderen Falle wurden 60 Pfund Schweinefleisch gefunden, das bereits verdorben war. Es wurde also der Allgemeinheit vollständig entzogen. Die beschlagnahmten Sachen wurden den städtischen Verteilungstellen zugeführt.

Gerichtsecke.

Der Langfahrer Nordbergsch vor dem Schwurgericht.

Gestern wurde vor dem Schwurgericht über den verurteilten Raubmord in Langfuhr verhandelt. Angeklagt ist die Arbeiterin Minna Schaleit aus Danzig. Sie war während des Krieges zwei Jahre hindurch Heizerin auf der Eisenbahn und erkrankte an Lungentuberkulose. Sie erhielt ein Krankengeld und war auch in Görbersdorf. Sie befand sich in Not und war etwa 2 Monate hindurch wohnungslos. In dem Nebenwohnraum der Eisenbahn verbrachte sie die Nächte. Die Straftat wurde am 1. Oktober an der Fräulein Krompholz in Langfuhr begangen. Mitte September ging die Angeklagte zu der Krompholz in deren Konfitürengeschäft, um sich eine passende Gelegenheit zur Begehung der Tat auszusuchen. Am 30. September kam sie wieder und wollte die Tat ausführen. Sie machte zum Schein Einkäufe für 124 Mark. Die Waren wurden eingepackt. Die Angeklagte erhielt aber Bewusstseinsverlust und sah von der Ausführung ab. Sie erklärte, wiederkommen zu wollen. Am nächsten Morgen um 8 1/2 Uhr kam sie dann wieder. Fräulein Krompholz bot ihr warmen Kaffee an. Beide gingen aus dem Laden in das hintere Zimmer. Die Angeklagte näherte sich dann dem Fräulein von hinten und sagte: „Ich werde Ihnen geben“. Ein Halbstück wurde dem Fräulein um den Hals gelegt, um es damit zu erwürgen. Die A. feste sich zur Wehr und es kam zum Ringkampf. Die Angeklagte suchte ihr Opfer mit der Hand zu erwürgen. Schließlich gelangten die Kämpfenden in den Laden und kamen zu Fall. Das Opfer lag unten. Das Schreien wurde von Konfitoriafrat Grubel gehört, und er trat in den Laden. Das Fräulein erklärte die Angeklagte wolle sie erwidern und ließ dann aus Angst davon, zu den Nachbarn. Die Angeklagte erklärte, das Fräulein wolle sie betrogen. Als bald kam ein Bürgerwehrmann hinzu, der die Angeklagte verhaftete. Sie war gefährlich. Bei ihrem offenen Geständnis ist sie geblieben. Sie befand sich in Not und wollte das Fräulein erwürgen, um ihr das Geld fortzunehmen. Die Hauptfäße des Fräuleins mit 600 Mark Inhalt hatte sie auch bereits an sich genommen. Sie hatte ein Messer bei sich, von dem sie aber keinen Gebrauch machte. Auch einen Stein hatte sie mit, den sie eingewickelt als „Butter“ übergeben wollte. Für werden gute Vernehmungsprotokolle angefertigt, und sie macht auch gar keinen räuberischen Eindruck. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe von 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust wegen verurteilten Raubmordes.

Schwere Urkundenfälschung. Der zweite Fall, der gestern vor dem Schwurgericht zur Verhandlung kam, betraf eine schwere Urkundenfälschung mit verurteiltem Betrag. Angeklagt war der Schlosser Walter Steeger aus Wandlitz. Kreis Niederbarnim. Der Angeklagte war im Kriege, in der Türkei, und kehrte im März von Konstantinopel zurück. Er stellte nun eine Zahlungsbollmacht der deutschen Militärmission in Konstantinopel aus, nach der die Intendantur des 17. Armeekorps 30 000 Mark an den Angeklagten auszahlen sollte. Die Anweisung war gefälscht. Außerdem stellte er für sich eine Bollmacht zur Empfangnahme dieser Beträge aus. Diese Bollmacht war mit dem Namen des Gemeindevorsethers in Wandlitz unterschrieben. Auch diese Bollmacht war gefälscht. Der Angeklagte verfuhr auf der Kasse der Intendantur in Danzig diesen Betrag abzugeben, doch dabei erkannten die Beamten verdächtig, und die Sache wurde entdeckt. Der Angeklagte ist gefährlich. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach schwerer Urkundenfälschung und verurteilten den Angeklagten unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Die Strafe lautete auf 9 Monate Gefängnis.

Eine resolute Mutter. Die Bauerfrau Alice Böhm in Schilditz war darüber ärgerlich, daß ihr Söhnchen, das natürlich ein unschuldsvoller Engel war, in der Schule bestraft wurde. Sie ging deshalb in die Klasse, machte hier großen Skandal, beschimpfte den Lehrer und unternahm gegen ihn einen Angriff mit der

Flasche. Der Aufforderung, den Raum zu verlassen, kam sie nicht nach. Das Schöffengericht verurteilte sie zu 100 Mark Geldstrafe.

Vertliche Parteinachrichten.

2. Bezirk. In der am 4. d. Mts. abgehaltenen Bezirksversammlung des 2. Bezirks hielt Genosse Rees einen Vortrag über Gemeindepolitik. Die Besprechung über die bevorstehenden Wahlen nahm den größten Teil des Abends ein.

5. Bezirk. Morgen (Freitag) 5 1/2 Uhr findet bei dem Genossen Rees in Brunshofweg 36, ein Diskussionsabend statt, zu dem alle Genossen und Genossinnen eingeladen sind.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Abholung der Brot-, Mehl- und Einfuhrzettelkarten. Die Bäcker, Brot- und Mehlhändler haben die am Sonnabend sowie Anfang nächster Woche zur Ausgabe gelangenden Brot-, Mehl- und Einfuhrzettelkarten von der Nahrungsmittelstelle abholen zu lassen, und zwar: die Bäcker, Brot- und Mehlhändler, deren Firmen mit den Anfangsbuchstaben A—K beginnen, am Freitag und die, deren Firmen mit den Buchstaben L—Z beginnen, am Sonnabend, in der Zeit von 8—3 Uhr.

Deckperiode für Ziegen. Der Magistrat Danzig erläßt im heutigen Anzeigenteil eine Bekanntmachung der gemäß Polizeiverordnung vom 18. Mai 1918 für die Deckperiode 1919 im Stadtbezirk Danzig angeforderten Zuchtziegenböcke. Es liegt im Interesse eines jeden Ziegenhalters, zwecks Verbesserung der eigenen Zucht seine Ziegen von einem angeforderten Bod decken zu lassen. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich nicht nur der Ziegenbockbesitzer, der seinen nicht angeforderten Bod zum Decken fremder Ziegen benutzt, strafbar macht, sondern auch der Ziegenbesitzer, der seine Ziege von einem solchen Bod belegen läßt.

Polizeibericht vom 6. November 1919. Verhaftet: 11 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Verdacht des Schleichhandels, 5 in Polizeihast. — Gefunden: 1 Versicherungsbuch der George-Stiftung für Fräulein Emilie Schneider, 1 alter schwarzer Damenglaschuh, 1 Türschlüssel und 2 Schlüssel am Ringe, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums; 1 schwarze Brieftasche mit Geld und Papieren für Robert Sig, abgehoben von Walter Kader, Hirschgasse 8; 2 Schlüssel am Ringe, abgehoben von Fräulein Marie Scharping, Stadtgebiet 34.

Wasserstandsachrichten am 6. November 1919.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	+ 0,97	+ 1,04	Dielitz	+ 0,67 + 0,72
Fordon	+ 0,85	+ 0,91	Dirschau	+ 0,95 + 1,01
Elm	+ 0,84	+ 0,86	Einlage	+ 2,04 + 2,04
Graubenz	+ 0,90	+ 0,93	Schwiebenhorst	+ 2,24 + 2,22
Kauzbrack	+ 1,16	+ 1,20	Wolfsdorf	+ 0,26 + 0,42
Montauer Spitze	+ 0,78	+ 0,82	Arnolds	+ 0,93 + 0,72

Veranstaltungen.

Kunstspiele Danziger Hof.

Mattreotes Lampenlicht, eine wohlige Wärme, und aus den schlanken Stiefeln und den schweren Burgundergläsern glitzern die Weinenkelchen um die Köpfe. So ein wenig Wirklichkeitstracht alles.

Was kann auf dem so gedüngten Boden besser wachsen, als ein wenig — nur ein ganz klein wenig — Pflanzheit? Und die muß da sein, um die kleinen, feingeistigen Pflanzenarten so recht genießen zu können, die von den gelben Seidenwänden herfallen.

Bitte sehr! Immer bezagt. Wenn auch die Köpfe zittern. —

Eine Sathe. Ein milder schwarzer Erdentopf mit leuchtenden Raubbeinen und — einem entzückenden Höschen unter dem roten Seidenböckchen. Sie tanzt einen glühvollen Tarantella. — Junge Dars. Das gerade Gegenteil. Wind und schnoddrig wie ein Gabelstamm. Wie sagt doch der Hamburger? „Mir kann keiner . . .!“ Sie singt so etwas, das gut in der „Rehnen Muse“ stehen könnte. — Annie Wilkens-Schulhoff ist derber. In der Auswahl ihres Programms und in der Vortragart. Nur für einen kleinen Kreis. Nicht jedermanns Sache. — Karl Karbach wirkt ein Kleinlein höherer Kunst in den Saal und nicht vor die Säue. Immerhin ein nicht über Gebot: der Heldentum im Kabarett. — Vore Meißner tanzt etwas Duftiges aus der alten Schule, während die neue Zeit als ihre Apostel das gertengleiche Zäugerpaar Fries und Weg geschickt hat, das beweist, daß auch im One-Step Linie liegt. — Karl Adler mit keinem Fremde „Ritt“ unterhält durch eine verblüffende Fertigkeit in der Rauchrednerie. — Dr. Allos am „Reife“-Harmonium. Eigene Dichtungen. Etwas Novemberrhythmus. Nicht genial. Aber gemächlich. — Der Sachpiffenwolf attackiert die Rauchmuskeln. Er ist ja bekannt.

Kapellmeister Steffie besticht durch sein klüßiges Geigenpiel. Würde es aber nicht gehen ohne die Manier des „Ritter Meißner“? — Alfred Müller mag — last not least — ein Zukunftsfindendes Lied machen, das er sich als artistischer Leiter verdient hat.

Aus den Ostprovinzen.

Konst. Am Montag, den 3. November, fand in hiesiger Gashaus eine sozialdemokratische Versammlung statt. Der Referent, Genosse M. a. l. g. Ch. schilderte unsere politische Lage. Er forderte den Kampf nach rechts und fand großen Beifall. Nach Schluß der Versammlung wurde eine Gemeindevorstandsstelle von 6 Mitgliedern der Arbeiterpartei aufgestellt.

Wing. Mit Vederpeitschen als Schusswaffe ist die ElbingerSchutzmannschaft ausgerüstet worden. Und zwar ist eine Ledergerte eingeführt worden, die sich vorzüglich zur Selbstverteidigung eignet. Die Behörde folgt mit Rücksicht auf die stets unsicherer werdenden Verhältnisse dem Beispiel der englischen Polizei, die auch die Tagesposten schon seit langem mit einfachen Stöcken ausgerüstet hat.

Falsch. 17 Zentner Schweinefleisch wurden auf dem Postamt beschlagnahmt. Es war bekanntgeworden, daß aus der Wandsbürger und Zempelburger Gegend zahlreiche Pakete mit Fleisch nach Berlin verfrachtet wurden. Von den über 100 Postpaketen wurden 88 Stück beschlagnahmt. Das Ergebnis der Untersuchung war verblüffend. Man hatte sich in keinem Pakete geirrt, jedes enthielt ausschließlich Schweinefleisch. Es waren Pakete darunter, die bis zu 20 Pfund enthielten. Die Abender verließen nicht nur das Fleisch, sondern sahen auch noch der Bestrafung entgegen.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loebe; für Anzeigenteil: Bruno Gwert; Verlag und Druck: J. G. G. & Co., Danzig.

